



Presseschau vom 01.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

lug-info.com: „Infolge einer am 27. Februar 2019 um 15:00 Uhr festgestellten Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen aus Richtung Nowotoschkowskoje auf das Territorium der LVR im Gebiet von Donezkij wurde in der Tschapajew-Straße 7/1 die Verglasung eines Wohnhauses beschädigt“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Geschossen wurde mit Schusswaffen. Verletzt wurde niemand.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 8:55 Uhr Golmowskij beschossen, das im Norden von Gorlowka liegt.

Dabei wurde ein Nichtwohnhaus auf dem Schkolnyj-Prospekt 2 beschädigt (Fassade, Verglasung, Wirtschaftsgebäude).

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden ermittelt.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen elfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse, Shelobok, Snamenka, Wesjelogorowka und Kalinowo-Borschtschewatoje.**

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **So viel Gold holten USA aus Syrien – Sana**

Die amerikanische Armee soll etwa 50 Tonnen Gold aus Syrien abtransportiert haben, wie die Nachrichtenagentur Sana unter Berufung auf lokale Quellen meldet.

Die Militärs sollen das Gold für die Gewährleistung der Sicherheit der Terroristen von den Kämpfern, die der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) angehören, erhalten haben.

Die Terroristen versteckten demnach das in Syrien und im Iran geraubte Gold bei der Ortschaft al-Baghouz in der syrischen Provinz Deir ez-Zor, die als eine der letzten Hochburgen der Kämpfer gilt und von US-Truppen eingekesselt ist.

Laut der Agentur übergaben die Kämpfer etwa 40 Tonnen Gold. Darüber hinaus fanden die US-Militärs weitere zehn Tonnen in anderen Verstecken der Terroristen, so Sana.

Das Gold sei nachts mit Hubschraubern weggebracht worden.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wir bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 8.25 Uhr das Feuer mit Granatwerfern auf Wasiljewka eröffnet.

Unter Beschuss geriet die **Wasiljewker Pumpstation**. Derzeit befindet sich das Personal im Schutzraum.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat wiederholt zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK zur Einrichtung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe angefragt.

de.sputniknews.com: **USA bereiten „Befreiungsarmee“ in Kolumbien für Venezuela-Invasion vor – UN-Diplomat**

Dem venezolanischen Uno-Botschafter Samuel Moncada zufolge rüsten die Vereinigten Staaten venezolanische Deserteure in Kolumbien auf, um eine sogenannte „Befreiungsarmee“ für das Eindringen in Venezuela zu bilden.

„Aus Kolumbien heraus...rüsten sie die sogenannte Venezolanische Befreiungsarmee, um mit angeblichen Deserteuren in Venezuela einzudringen“, sagte Moncada gegenüber Reportern am Der Botschafter fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten die Zahlen venezolanischer Deserteure vorsätzlich aufgeblasen hätten, um eine Armee zu schaffen, die den Contra-Truppen der Nicaragua-Revolution gegen die sandinistische Regierung in den 80ern ähnlich wäre.

Diese Bemühungen seien Teil der US-Pläne für eine Geheimoperation gegen Venezuela, fuhr Moncada fort.

Darüber hinaus äußerte er, dass Venezuela Donald Trumps Haltung, „alle Optionen auf dem Tisch zu haben“, als Drohung erachte, die Regierung von Präsident Nicolas Maduro mit militärischer Gewalt zu stürzen.

Zuvor hatte der UN-Sicherheitsrat über zwei Resolutionsentwürfe zu Venezuela abgestimmt, die von den Vereinigten Staaten und Russland eingebracht worden waren. Beide Resolutionen wurden abgelehnt. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32414/95/324149543.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Februar 3:00 Uhr bis 1. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Jakowlewka, Shabitschewo, Staromichajlowka, Alexandrowka, Kominternowo, Sachanka.**

Wie schon mitgeteilt wurde, erhielten durch Beschuss von Seiten der BFU auf Gorlowka zwei Mehrparteienwohnhäuser zahlreiche Schäden an der Verglasung:

- Schaschurin-Straße 15, Wohnungen 4, 6, 22, 25, 44, 45, 48, 50, 52, 54, 56, 57, 58, 59, 62, 65, 68, 71, 73, 81, 85;

- Schaschurin-Straße 17, Wohnungen 32, 83, 88.

Opfer und den friedlichen Bürgern wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 209.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 23.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: Wochenbericht: So viele Spionagejets an Russlands Grenze geortet

Innerhalb der letzten Woche hat die Luftaufklärung insgesamt 18 ausländische Flugzeuge entlang der russischen Grenze geortet. Dies teilte die Zeitung „Krasnaja Swesda“ am Freitag unter Berufung auf das Verteidigungsministerium Russlands mit.

Zum Abfangen und zur Begleitung dieser Spionagejets sollen drei Mal russische Jagdflieger

in die Luft gestiegen sein, hieß es.

Dabei sollen die Grenzen Russlands nicht verletzt worden sein.

Vor allem Spionage-Flugzeuge westlicher Staaten fliegen regelmäßig Aufklärungseinsätze entlang der russischen Grenzen. In letzter Zeit werden sie besonders häufig nahe der Halbinsel Krim registriert.

Dnr-online.ru: Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft ruft die Bevölkerung auf, für die Wasserversorgung zu bezahlen

Unter Berücksichtigung dessen, dass die Wasserversorgung in der DVR normal funktioniert, ruft das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft die Bevölkerung auf, rechtzeitig dafür zu bezahlen.

„Es ist sehr wichtig, die kommunalen Dienstleistungen, darunter auch die Wasserversorgung, ohne Verzögerung zu bezahlen. Derzeit ist ein gewisses Absinken des Levels der Zahlungen für Wasser zu bemerken. Aber trotz der schweren Zeit erfüllen die Unternehmen der Wasserversorgung all ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung in vollem Maße und versorgen die Republik mit Wasser. Die Tarife für die Wasserversorgung für die Bevölkerung sind im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht gestiegen und werden weiter gehalten, trotz der Verluste für das Unternehmen. Das Personal von Woda Donbassa zeigt außerordentliche Selbstlosigkeit, sie erfüllen ihre beruflichen Pflichten manchmal unter Beschuss. Vom Niveau der Zahlungen der Verbraucher hängt die Qualität der Dienstleistungen ab, mit einer Einschränkung des Zahlungsniveaus werden nur Probleme bei Reparaturen, bei Lohnzahlungen für die Beschäftigten des Unternehmens, bei der Versorgung unserer Region mit Wasser entstehen“, sagte der Minister Sergej Naumez.

Er fügte hinzu, dass zur Zeit in der Republik Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ ausgearbeitet werden.

de.sputniknews.com: Indisch-pakistanischer Krieg wäre „gegenseitiger Selbstmord“ – Islamabad

Der pakistanische Außenminister Shah Mehmood Qureshi hat vor Gefahren eines umfassenden bewaffneten Konflikts zwischen Islamabad und Neu-Delhi gewarnt.

„Hoffentlich wird es nicht dazu kommen. Das würde einen gegenseitigen Selbstmord bedeuten“, sagte er in einem Interview mit dem TV-Sender CNN.

Zudem betonte Qureshi die friedliebende Haltung seines Landes: „Pakistan will nie eskalieren, will nie in einer feindlichen Position sein“, sagte er.

Vom ersten Tag im Amt des Regierungschefs an habe der pakistanische Premierminister, Imran Khan, Indien angeboten, „dass wir, wenn sie einen Schritt in Richtung Frieden machen, zwei Schritte machen werden“, betonte der Minister.

Der Konflikt zwischen den Atommächten Indien und Pakistan hat sich in dieser Woche zugespitzt. Nachdem die indische Luftwaffe in der Nacht zum Dienstag einen Angriff auf pakistanischem Gebiet geflogen hatte, schoss Pakistan nach eigenen Angaben zwei indische Kampfflugzeuge ab. Nach indischen Angaben schossen die indischen Luftstreitkräfte einen pakistanischen Kampffjet ab.

Die Krise in den Beziehungen zwischen Indien und Pakistan hatte sich nach dem 14. Februar verschärft, als sich ein Selbstmordattentäter neben einem paramilitärischen Konvoi im nordindischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir in die Luft sprengte. Dabei wurden 45 Menschen getötet. Die islamistische Gruppierung „Jaish-e Mohammed“ hatte die Verantwortung für den Selbstmordanschlag übernommen.

Daraufhin hatte Indien Pakistan der Unterstützung terroristischer Gruppen beschuldigt.

Islamabad wiederum hatte diese Vorwürfe als „unbegründet“ zurückgewiesen und Neu-Delhi vorgeschlagen, eine gemeinsame Untersuchung des Vorfalls durchzuführen.

Der Zwischenfall erschwerte die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Neu-Delhi

und Islamabad und brachte die Region erneut an den Rand eines militärischen Konflikts. Im indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir sind Separatisten aktiv, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen oder einen Anschluss Kaschmirs an Pakistan anstreben. Dabei gibt es in Kaschmir keine offizielle Grenze zwischen Indien und Pakistan: Die Armeen beider Staaten trennt nur eine Kontrolllinie. Neu-Delhi wirft den pakistanischen Behörden vor, bewaffnete Separatisten zu unterstützen. Islamabad weist indes diese Vorwürfe zurück und erklärt, die Bewohner Kaschmirs würden selbständig um ihre Rechte kämpfen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32415/02/324150200.jpg>

Mptdnr.ru: Spezialisten der Abteilung für Leicht- und weiterverarbeitende Industrie des Ministeriums für Industrie und Handel der DVR haben Unternehmen besucht, die auf die Herstellung von Schuluniformen spezialisiert sind.

Die Unternehmen der Textilbranche der Republik haben mit der Vorbereitung der Produktion von Schuluniformen für die Schüler von Mittelschulen für das Schuljahr 2019-2020 begonnen.

„Gemäß § 25 des Gesetzes der DVR ‚Über die Bildung‘ liegt die Zuständigkeit für die Feststellung des Bedarfs an Schulkleidung bei den Bildungseinrichtungen, deshalb stellen die Unternehmen direkte Kontakte mit Elternkomitees und Schulleitern her. Es werden das Sortiment, die Stofffarben, die Abzeichen festgelegt“, berichtete die Leiterin der Abteilung für Leicht- und weiterverarbeitende Industrie Jelena Woronina.

Die Sekretärin des Koordinationsrats der Unternehmensleiter der Leichtindustrie beim Ministerium für Industrie und Handel Larissa Iwanowa unterstrich, dass die Schuluniform ein wichtiges Element des Schutzes der Gesundheit der Kinder ist.

„Im Zusammenhang damit, dass die Schüler 6-8 Stunden am Tag in der Schule verbringen, werden an die Kleidung erhöhte Sicherheits- und Qualitätsanforderungen gestellt. Deshalb gehen wir sehr verantwortungsvoll mit der Frage der Qualität und Bequemlichkeit der Schuluniform um. Die Eltern können jetzt schon Schuluniformen bei den Produzenten bestellen, ohne die Aufschläge durch den Handel bezahlen zu müssen“, sagte Larissa Iwanowa.

de.sputniknews.com: **Terror und Polizistenmord geplant: Mehrere Kämpfer in Westsibirien festgenommen**

In Jugra, dem Autonomen Kreis der Chanten und Mansen im russischen Westsibirien, sind drei Islamisten festgenommen worden, die eine Serie von Terroranschlägen sowie Polizistenmorde geplant haben sollen. Dies teilte am Freitag Russlands Innenministerium mit. „Unterbunden wurde die Tätigkeit einer konspirierten Terrorzelle, deren Mitglieder die Ideologie einer internationalen Terrororganisation teilten und enge Kontakte zu

Bandenuntergrundbewegungen im Nordkaukasus hatten“, so die Sprecherin des russischen Innenministeriums, Irina Wolk.

Die Kämpfer trafen sich ihr zufolge in Mietwohnungen in den Städten Surgut und Pyt-Jach, „wo sie Pläne zu einer Attacke auf Objekte besonderer Wichtigkeit (...), Staats- und Ordnungsbehörden besprochen haben“. Darüber hinaus sollen sie Detonationen in Menschenmengen geplant haben.

„Am 1. und 15. Februar wurden zwei von ihnen verhaftet; bei der persönlichen Durchsuchung wurde bei einem eine Handgranate vom Typ RGD-5 beschlagnahmt, vom Gürtel wurde ein selbstgebauter Sprengansatz mit Schadelementen entfernt“, so Wolk.

Darüber hinaus wurden fabrikmäßige Sprengzünder, Sprengstoff, eine Schachtel mit Schadstoffen und ein selbstgebastelter Sprengansatz auf der Basis von circa 600 Gramm TNT-Sprengstoff gefunden.

Desweiteren wurde demnach eine dritte Person der Terrorgruppe festgenommen. Bei ihm sollen eine Pistole der Marke Makarow und ein Foto eines Leiters einer Abteilung der Verwaltung von Russlands Innenministerium in Jugra, gegen den angeblich eine Attacke geplant war, beschlagnahmt worden sein.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31965/42/319654219.jpg>

nachmittags:

Dan-news.info: „Beim Beschuss der Ortschaft **Russkij Kraj** wurde eine zivile **Einwohnerin, geb. 1946, tödlich verletzt**“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Der Vorfall ereignete sich um 8:15 Uhr in der Artusow-Straße 50.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort.

de.sputniknews.com: **Pakistan zu Vermittlung Russlands bei Gesprächen mit Indien bereit**

Islamabad ist laut dem pakistanischen Außenminister Shah Mahmood Qureshi zu Verhandlungen mit Neu-Delhi unter Vermittlung von Moskau bereit. Dies berichtet die Zeitung „Dawn“ am Freitag.

Am Donnerstag hatte der russische Außenminister Sergj Lawrow verkündet, Moskau könne Islamabad und Neu-Delhi eine Verhandlungsplattform anbieten, falls die beiden Seiten darauf eingehen würden.

„(Der russische Außenminister) Lawrow hat angeboten, zu vermitteln. Ich weiß nicht, wie es mit Indien der Fall ist, aber ich möchte Russland sagen, dass Pakistan bereit ist, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und die Spannungen zu verringern“, sagte Qureshi.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur RIA Novosti ließ Neu-Delhi jedoch vorläufig verkünden, es habe genug Möglichkeiten für den Dialog mit Islamabad und bedürfe daher keiner Hilfe von Drittländern:

„Unserer Ansicht nach haben Indien und Pakistan genug effektive Kanäle für ein Zusammenwirken und brauchen keine Vermittlung einer dritten Seite“, zitiert die Nachrichtenagentur eine Quelle im indischen Außenministerium.

Die Deeskalation im Bundesstaat Jammu und Kashmir erfordere „umgehende und glaubwürdige Aktivitäten gegen Terrorgruppen und deren Infrastruktur auf dem einheimischen Territorium“, hieß es. „Nun ist der Ball auf Pakistans Seite“, so die Quelle. Laut der Quelle weist Neu-Delhi die Vorwürfe zurück, die jüngste Verschärfung des indisch-pakistanischen Konflikts auf dem umstrittenen Territorium des Bundesstaates provoziert zu haben. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32415/42/324154211.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute am 1. März 2019 wurde dank der koordinierten Aktivitäten der Führung und der Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energieversorgungsgesellschaft“ sowie der Vertretung der DVR im GZKK die **Stromversorgung von Sachanka wieder in Betrieb genommen**.

Die Spezialisten reparierten die Stromleitungen, die aufgrund von Beschüssen von Seiten der BFU am 25. Februar 2019 beschädigt worden waren.

ukrinform.ua: **Unicef: In der Ukraine ist Zahl der Masernfälle am höchsten**

Wie BBC Ukraine unter Berufung auf das UNO-Kinderhilfswerk Unicef mitteilt, verzeichneten die Ukraine, Philippinen und Brasilien den stärksten Anstieg der Masernerkrankungen zwischen 2017 und 2018. Allein in der Ukraine gab es 2018 35.120 registrierte Erkrankungen, das ist mehr als die Zahlen der Philippinen und Brasiliens zusammen. Auf den Philippinen erkrankten im Vorjahr 15.599 Menschen, in Brasilien wurden 10.262 Masernfälle angemeldet.

Nach Angaben von UNICE meldeten insgesamt 98 Länder im vergangenen Jahr einen Anstieg.

Unicef erinnert daran, dass Masern hoch ansteckend sind, sogar noch ansteckender als Ebola, Tuberkulose oder Grippe. „Selbst zwei Stunden nachdem eine infizierte Person einen Raum verlassen hat, kann sich ein anderer Mensch noch anstecken. Das Virus verbreitet sich durch die Luft und infiziert das Atemsystem.“

Nach Angaben des Gesundheitsministerium der Ukraine sind in der Ukraine in den ersten

zwei Monaten 2019 mehr als 20.000 Menschen an Masern erkrankt, die Hälfte davon Kinder. Seit dem Masern-Ausbruch starben 30 Menschen, neun seit dem Jahresbeginn.

Lug-info.com: **Die Republik unterstützt junge Spezialisten aus der Ukraine, die nach Abschluss des Studiums in der LVR bleiben wollen**, um dort zu arbeiten, durch zusätzliche Zahlungen, durch Wohnheime oder Unterstützung bei der Wohnungssuche. Dies erklärte der Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik bei einem Treffen mit Studierenden der Lugansker Taras-Schewtschenko-Nationaluniversität auf die Anfrage einer Studentin der Ökonomie, die im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass in der LVR studiert.

„Mich freut, dass Sie auf dem Territorium der Republik bleiben und arbeiten wollen, das ist sehr vernünftig, ehrenhaft, es bedeutet, dass die Republik nicht umsonst gearbeitet hat, es heißt, unsere Arbeitsreserven, unsere Kader, die heute nicht reichen, bleiben hier“, sagte Pasetschnik.

„Wir haben jetzt in der Republik eine Regelung zur Unterstützung junger Spezialisten erarbeitet, die in der Republik bleiben wollen, für solche jungen Spezialisten haben wir zusätzliche Zahlungen vorgesehen, für solche, die aus anderen Städten kommen, wird es Wohnheimplätze oder Unterstützung bei der Wohnungssuche und dafür finanzielle Unterstützung geben“, sagte der Republikoberhaupt.

„Wir werden auch weiter in dieser Richtung arbeiten, wir werden bestimmte Kategorien von Absolventen auswählen, besondere Kategorien junger Spezialisten, die die Möglichkeit haben werden, bestimmte zusätzliche Leistungen vom Staat zu erhalten. In diesem Fall geht es um junge Lehrer, aber nicht nur“, unterstrich er.

„Wir unterscheiden nicht zwischen fremden Studenten und eigenen, wir teilen die Studenten nicht auf, es sind alles unsere, und sie werden bei der Arbeitsplatzvermittlung gleich behandelt“.

de.sputniknews.com: **Warum verlagert Venezuela PDVSA-Firmensitz nach Russland? Vizepräsidentin klärt auf**

Venezuela plant die Verlegung der europäischen Außenstelle des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA aus Lissabon nach Russland. Die Gründe dafür legte die Vizepräsidentin des Landes, Delcy Rodriguez, in einer Pressekonferenz in Moskau offen. Während der Pressekonferenz mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow verkündete Rodriguez, dass der venezolanische Präsident Nicolas Maduro die Verlegung der europäischen PDVSA-Zentrale nach Moskau angeordnet habe.

Die Verlagerung erfolge im Rahmen des Ausbaus der technischen Zusammenarbeit im Erdölförderbereich mit den russischen Konzernen Rosneft und Gazprom.

„Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür. Wir stellen unsere Beziehungen um, und Europa gibt uns nicht die notwendigen Garantien, weil die kapitalistische Welt ihre eigenen Gesetze verletzt. Es kann die Integrität unserer Vermögenswerte nicht gewährleisten“, so Rodriguez.

...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32415/48/324154890.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Situation an der Kontaktlinie vom 23. Februar bis 1. März 2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **17-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj die Gebiete der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** und von **Russkij Kraj** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses von Seiten der BFU wurde eine zivile Einwohnerin, geb. 1946, wohnhaft in Russkij Kraj, Artusow-Straße 50, tödlich verletzt.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 24. und 93. mechanisierten Brigade sowie der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds, Bryshinskij und Mischantschuk aus **Staromichajlowka, Shabitschewo, Trudowskije, Jakowlewka** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 24 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmgruppe unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Sachanka** und **Kominternowo** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 37 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners unterdrückt**.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte betragen drei Tote und vier Verletzte.

Verluste beim Personal der Volksmiliz gibt es nicht.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 102 Beschießungen auf die Gebiete von 22 Ortschaften der Republik festgestellt**, wobei Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Antipanzerlenkraketen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt wurden.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer ihre aggressiven Handlungen auf die Vernichtung von Objekten der zivilen Infrastruktur konzentriert. Durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine wurde ein ziviles Fahrzeug beschädigt,

17 Häuser wurden teilweise zerstört.

Außerdem haben die Kämpfer der 93. Brigade zweimal in der Woche Wasiljewka sowie das Gelände der **Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke** während des Schichtwechsels mit 120mm-Mörsern beschossen. Während des Beschusses von Sachanka wurden **eine Gasleitung und eine Stromleitung beschädigt**.

Leider **starben** infolge hinterhältigen Beschusses von Seiten der ukrainischen Banden **vier unserer Helden bei der Ausübung ihrer Pflicht**.

Durch Beschuss von Seiten der BFU wurden **17 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt**.

Alle Informationen werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren übergeben.

Während des Monitorings der festgelegten Abzugsorte für schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte haben die Beobachter der OSZE-Mission 62 122mm-Haubitzen „Gwodika“, 40 152mm-Haubitzen „Akazija“, 21 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 86 Panzer, 9 122mm-Haubitzen „Ljaguschka“, 67 120mm-Mörser und 15 Antipanzergeschütze „Rapira“ als fehlend registriert.

Man kann mit Überzeugung behaupten, dass diese schweren Waffen verdeckt in die Einheiten in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie verlegt wurden. Außerdem hat nach uns vorliegenden Informationen der **Kommandeur der Operation der Besatzungskräfte Najew die Anweisung gegeben, den Mitarbeitern der OSZE-Mission den Zugang in den Verantwortungsbereich der Einheiten, in denen sich schwere Waffen befinden, zu verwehren**, um eine Beschuldigung von Seiten der internationalen Gemeinschaft bezüglich der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu vermeiden.

Trotz der vom Kommando der ukrainischen Besatzungskräfte durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung von Waffen und Munition in den Raketenartilleriewaffenlagern bleibt der **gesetzwidrige Handel von Waffen auf hohem Niveau**.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Armeegeneral W. Mushenko am 22. Februar die Anweisung gegeben, die Bewachung und den Schutz der Arsenale, Basen und Lager für Raketenartilleriewaffen im Bereich der Strafoperation zu verstärken. Vermutlich wurden diese Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Brand von Munition im 47. Arsenal im Oblast Rowenki ergriffen. Es ist bemerkenswert, dass dieses Arsenal zur Überprüfung auf Buchhaltung und Lagerung von Munition vorgesehen war und sich der Brand im Vorfeld des Besuchs der Kommission ereignete. Im Ergebnis der Überprüfung wurden **massenhafte Diebstähle von Waffen und Munition** aus den Lagern für Raketenartilleriewaffen festgestellt. Allein in Richtung Mariupol wurde im Verantwortungsbereich der 79. Brigade ein Fehlbestand von vier Raketenkomplexen, 12 großkalibrigen Maschinengewehren und 22 AK-74 festgestellt. Zu diesem Fall hat die Militärstaatsanwaltschaft sieben Strafverfahren eingeleitet.

In der letzten Woche gingen die Fälle von **Genozid an der Zivilbevölkerung** von Seiten der BFU auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie weiter. So starben am 23. Februar bei der Explosion eines Autos am Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ zwei friedliche Bürger und ein weiterer erlitt schwere Verletzungen. Am 24. Februar haben Kämpfer aus dem 3. Bataillon der 24. mechanisierten Brigade einen Einwohner von Marjinka mit einer Schusswaffe verletzt, daraufhin wurde er in ein Krankenhaus von Donezk eingeliefert. Am 25. Februar fuhr eine Gruppe von Soldaten aus der verbotenen Organisation „Rechter Sektor“ in betrunkenem Zustand in einen Postkiosk, dabei wurde die Verkäuferin verletzt. Am 27. Februar eröffneten ukrainische bewaffnete Formationen das Feuer auf die **Donezker Filterstation**. Unter Beschuss geriet ein Mitarbeiter des Objekts, der sich, als er die Schüsse und das Pfeifen der Kugeln hörte, in Sicherheit brachte und nicht verletzt wurde. Nach vorliegenden Informationen wurde **auf die Chlorierungswerkhalle geschossen**, um diese zu

vernichten oder zu beschädigen, um eine lokale ökologische Katastrophe zu verursachen. Die **Willkür der ukrainischen Soldaten gegenüber Einwohnern auf dem von den BFU kontrollierten Territorien** hat ein solches Ausmaß angenommen, dass die Rechtsschützer gezwungen waren, eine Hotline für von der Willkür der Verbrecher in Uniform Betroffene einzurichten. Innerhalb von zehn Monaten wurden bereits mehr als 5000 Anrufe mit Beschwerden über Korruption, Einschüchterung und Misshandlungen registriert. Und das sind nur solche Einwohner, die die Rache von Seiten der Militärs nicht fürchten und der ukrainischen Rechtsprechung vertrauen.

Aber nach der Zunahme der Zahl der eingehenden Beschwerden zu urteilen, befindet sich die ukrainische Rechtsprechung in einem kriminellen Komplott mit dem Kommando der OOS, das auf jegliche Art versucht, sein positives Image unter der Bevölkerung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zu demonstrieren.

Fälle von Genozid an der Bevölkerung der Ukraine werden auch von Mitarbeitern der OSZE-Mission festgehalten. So haben sie in einem offiziellen Bericht einen Fall festgehalten, in dem drei Zivilisten, die auf Brennholzsuche in den Wald gingen, im Gebiet von Grodowka Splitterverletzungen erlitten, als sie auf eine Sprengeinrichtung gerieten. Dabei wird erwähnt, dass es keine Warnschilder bezüglich der Minengefahr gab. So trat ein weiterer Fall verbrecherischer Aktivität der Kommandeure der ukrainischen bewaffneten Formationen zu Tage, die Befehle zur Einrichtung von Minensperren in den Wohnorten ihrer Bürger geben. **Der Stab der Besatzungskräfte desinformiert weiter die Öffentlichkeit bezüglich der Zahl von kampfbedingten und nicht kampfbedingten Verlusten.** Nach Informationen des Stabs starben in der letzten Woche drei Soldaten und acht wurden verletzt. Nach unseren Informationen starben 14 ukrainische Strafsoldaten und 20 wurden verletzt. Und das sind nicht die endgültigen, sondern die bestätigten Daten.

Im Zusammenhang mit dem schlechten moralisch-psychischen Zustand des Personals und zur Anhebung seines Prestiges zieht der Stab der OOS aktiv Spezialisten für informationspsychologische Operationen heran, die empfohlen haben, die Heldentaten ihrer toten sogenannten „Helden“ zu veröffentlichen und sie postum auszuzeichnen. Aber aus irgendeinem Grund erfolgt das selektiv. Wie das Beispiel der kürzlich im Gebiet von Schiroke getöteten und verletzten Soldaten aus einer taktischen Gruppe des 73. Marinespezialzentrums, Kapitänleutnant Roman Ruslanowitsch Mokrjakow, Hauptfeldwebel Oleg Wiktorowitsch Gretscha, Oberfeldwebel Andrej Michajlowitsch Laptew, Feldwebel Arkadij Alexandrowitsch Lebedew, des Soldaten der 79. Luftsturmbrigade Jewgenij Wladimirowitsch Iwonjak und anderer zeigt. Nach Meinung des Kommandos des Stabs der OOS sind diese Soldaten einer Auszeichnung nicht würdig, weil sie die Verluststatistik verderben.

Außerdem trägt die von den Kräften für informationspsychologische Operationen durchgeführte Propaganda zur Verbesserung des Images des Kommandos nicht die erwarteten Früchte. **Nach uns vorliegenden Informationen und nach Aussagen von Gefangenen wollen die ukrainischen Einheiten keinen Krieg und begreifen die Absurdität des gesamten Geschehens im Donbass voll und ganz.**

Und nur das höhere kommandierende Personal und die nationalistischen Einheiten sind an einer Fortsetzung der Kriegshandlungen zum Zwecke ihrer persönlichen Bereicherung und zum Nutzen ihres Schokoladenkönigs interessiert.

Die Volksmiliz der DVR hat gemeinsam mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ in der letzten Woche die jungen Einwohner der Republik nicht ohne Geschenke gelassen. In einen Kindergarten in Stepanowka wurden neue zweistöckige Kinderbetten gebracht.

In der letzten Woche wurden mit den Einheiten der Volksmiliz der DVR zweiseitige Kommandostabsübungen durchgeführt, bei denen Fragen der Handlungen der Truppen bei der Verteidigung und bei der Bekämpfung von Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners

bearbeitet wurden.

de.sputniknews.com: **Lawrow: Nach Venezuela sind Kuba und Nicaragua „an der Reihe“**

Seit Tagen wird über eine mögliche US-Militärintervention in Venezuela spekuliert. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat eine wichtige Bedingung genannt, die eine Invasion ausschließen würde. Er warnte zudem davor, dass sich die USA mit Venezuela nicht begnügen würden – andere Länder sind laut Lawrow „an der Reihe“.

Washington wird keine Militärintervention wagen, wenn Venezuelas Nachbarländer diese nicht unterstützen.

„Venezuelas Nachbarländer Brasilien und Kolumbien haben erklärt, dass sie die Pläne zur Militärintervention in dieses Land nicht unterstützen werden“, sagte Lawrow am Freitag bei einer Pressekonferenz im Anschluss an seine Gespräche mit der Vize-Präsidentin Venezuelas, Delsy Rodríguez.

Wenn die Nachbarländer ihr Wort halten und standhaft bleiben würden, dann würden die amerikanischen Pläne nicht umgesetzt, so der Minister weiter.

Lawrow betonte zudem, Moskau wisse über die Pläne Washingtons Bescheid, Schusswaffen, Granatwerfer sowie mobile Flugabwehrsysteme in einem osteuropäischen Land anzukaufen und diese dann in Venezuelas Nachbarländer zu verlegen, damit die Waffen schließlich in die Hände der venezolanischen Opposition gelangen.

„Wir sehen diese Absichten, natürlich. Auch andere Länder sehen sie, darunter auch die unmittelbaren Nachbarländer von Venezuela“, so der russische Chefdiplomat.

Eine Militärintervention werde zudem die wahren Motive der USA offenbaren: „Es geht hier nicht um Demokratie, wie man uns zu überzeugen versucht, sondern darum, alle Widerspenstigen ihrem Willen zu unterwerfen.“

Die USA würden bei Venezuela nicht Halt machen, warnt Lawrow: Kuba und Nicaragua seien „an der Reihe“. Eine derart respektlose Haltung der USA gegenüber den lateinamerikanischen Staaten werde Washington in der Region nicht beliebt machen.

Die Massenproteste gegen den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro hatten am 21. Januar 2019 begonnen – kurz nach dessen Amtseinführung. Nach Beginn der Proteste erklärte sich der Oppositionelle Juan Guaidó zum Interimspräsidenten. Die USA erkannten ihn fast sofort als legitimen Staatsoberhaupt Venezuelas an. Andere Staaten in Europa folgten Washingtons Beispiel. Russland, Mexiko, China und eine Reihe weiterer Staaten erkennen Guaidó nicht als legitimen Präsidenten an.

Mil-Info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponko über die Situation an der Kontaktlinie vom 23 Februar. bis 1. März 2019

Guten Tag! Heute informiere ich über Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR und die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt. **In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen elfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.** Dabei haben die von Kiew kontrollierten Kämpfer 120mm- und 82mm-Mörser, 122mm-Artillerie, Schützenpanzerwaffen, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 47-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit 82mm- und 120mm-Mörsern, 122mm-Artillerie, Antipanzern, Granatwerfern, Schützenpanzern und Schusswaffen geschossen. Auf das Territorium der Republik wurden **insgesamt mehr als 600 Mörsergeschosse und Granaten abgefeuert.**

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **15 Ortschaften beschossen.**

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der LVR erteilten

folgende Kriegsverbrecher und Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte:
54 – Majstrenko, 10. - Subanitsch und 30. - Garas.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen **beschießen weiter die Gebiete der Trennung von Kräften und Mitteln**, u. a. auch mit verbotenen Waffen.

Im Bericht der OSZE ist angegeben, dass am 22. Februar Beobachter der Mission im Gebiet von Molodjosnoje Schüsse mit einem großkalibrigen Maschinengewehr und Schusswaffen ausgehend von dem von den BFU kontrollierten Territorium aus hörten.

Am 25. Februar stellte eine Patrouille der Mission Schüsse mit Schusswaffen vom nordwestlichen Rand von Solotoje-4, das von den ukrainischen Kämpfern besetzt ist, aus fest.

Einen Tag später entdeckten Beobachter der Mission mit Hilfe einer Drohne einen Schützenpanzer und mindestens 12 Antipanzermine TM-62, die quer über die Straße im Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Solotoje-4 installiert waren.

Außerdem haben Kiewer Strafsoldaten der 54. Brigade am 26. Februar im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko unter Verletzung der Sicherheitsgarantien **zwei Teams der OSZE-Mission und eine**

Reparaturbrigade von „Luganskwoda“ beschossen, die in Solotoje-5 waren, um Wasserleitungen zu reparieren, die zuvor von den Kiewer Truppen durch Mörserfeuer beschädigt worden waren. Diese Provokation war zielgerichtet geplant und erfolgte auf direkte Anweisung des Kommandeurs der Strafoperation Najew. Das von der ukrainischen Seite vorgelegte Schema des Beschusses der OSZE-Patrouille sollte die Öffentlichkeit täuschen, weil die dort abgebildeten Positionen der ukrainischen Streitkräfte und der Volksmiliz nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Das von der Vertretung der LVR im GZKK vorgelegte Schema demonstriert die reale Lage unserer Einheiten, die sich außerhalb des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln befinden. Und die Positionen der ukrainischen Streitkräfte befinden sich gemäß den Berichten der OSZE entlang des südlichen Rands von Solotoje-4, von wo auch die ukrainischen Kämpfer auf die Beobachter der Mission schossen.

Alle Informationen zum Beschuss der OSZE-Mitarbeiter werden mit Fotos und Videomaterial an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Najew und Majstrenko einzuleiten.

Vertreter der OSZE-Mission stellen weiter **verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie** fest. In der letzten Woche wurden folgende Waffensysteme außerhalb der Lagerorte registriert:

1 Abwehrraketenkomplex „Strela-10“ im Hof eines Hauses in Nowoswanowka;

10 Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ auf Schleppern an der Eisenbahnstation Rubeshnoje.

Außerdem hat die Mission in der letzten Woche das Fehlen von mehr als 300 von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen in den Lagerorten registriert:

13 Panzer T-64;

62 Haubitzen „Gwosdika“;

40 Haubitzen „Akazija“;

54 Mörser „Sani“;

12 Mörser „Molot“;

1 Mörser BM-37;

6 Mörser PM-38;

21 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

15 Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;

6 Haubitzen D-30;

3 Haubitzen D-44;

4 Abwehrraketenkomplexe „Strela-10“.

Nach Informationen einer Quelle im Stab der OOS hat der Kommandeur der OOS Najew den ihm unterstellten Kommandeuren von Truppenteilen und Verbänden den Befehl gegeben,

zusätzliche Maßnahmen zur Tarnung von Positionen durchzuführen, um von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik vor der OSZE zu verheimlichen. Daneben hat Najew angewiesen, die Beobachter der Mission nicht in die Gebiete mit verbotener Technik zu lassen.

Im Bericht der OSZE-Mission ist angegeben, dass ukrainische Soldaten die OSZE-Beobachter im Gebiet von Popasnaja nicht passieren ließen. Nach Informationen unserer Aufklärung sind in diesem Gebiet Waffen mit einem Kaliber von mehr als 100mm konzentriert, mit denen regelmäßig provokativer Beschuss auf die Positionen und Ortschaften der LVR durchgeführt wird.

In der letzten Woche hat das Kommando der OOS die Aufklärung mit Hilfe von Drohnen an der Kontaktlinie aktiviert.

So haben wir Flüge ukrainischer Drohnen im Gebiet von Nowoalexandrowka – Solotoje, sowie Luganskoje – Troizkoje festgestellt.

Solche Fälle werden auch in den OSZE-Berichten erwähnt, so wurde am 24. Februar festgehalten, dass Soldaten der 54. Brigade im Gebiet von Popasnaja den Start von Drohnen vorbereitet haben. ...

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nutzt der derzeitige Präsident der Ukraine Poroschenko alle ihm zugänglichen Mittel zur Erlangung von Wählerstimmen.

Im Zusammenhang mit dem niedrigen Rating unter der Bevölkerung, besonders auf den von den ukrainischen Truppen besetzten Territorien des Donbass, will Poroschenko die Soldaten zur Erreichung des Sieges nutzen. Uns ist zuverlässig bekannt, dass der Kommandeur der Strafoperation Najew den ihm unterstellten Truppen die Anweisung gegeben hat, die Lage in den Ortschaften an der Kontaktlinie zu verschärfen. Dazu wurden bereits eine Reihe provokativer Maßnahmen geplant.

Die Destabilisierung der Lage will Poroschenko für den Fall nutzen, dass er die Wahlen verliert, um sich an der Macht zu halten.

Eine Bestätigung dafür sind der Beschuss von Wohngebieten von Solotoje und Nowoalexandrowka am 24.2., der Versuch des Durchbruchs einer Diversionsgruppe am 26.2. und auch der provokative Beschuss von OSZE-Mitarbeitern in Solotoje-5.

Es entsteht der Eindruck, dass Kiew eine weitere Provokation plant, um Bedingungen für die Ausrufung des Kriegszustands auf den von der Ukraine besetzten Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste zu schaffen.

Wir haben mehrfach erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte Örtlichkeiten ungeordnet verminen, darunter auch in der Nähe von Wohnorten friedlicher Bürger.

Nach unseren Informationen wurde im Gebiet des von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Nowoalexandrowka die Leiche eines Mannes mit Detonationsverletzungen gefunden. Wir schließen nicht aus, dass der Zivilist zufällig auf ein Minenfeld geriet, das nicht gekennzeichnet war.

Neben Zivilisten sterben auch regelmäßig Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf den ungeordnet angelegten Minenfeldern. ...

de.sputniknews.com: „Katastrophe für Staatlichkeit“: Lukaschenko warnt Kiew vor Raketenstationierung

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Freitag die Ukraine vor der Stationierung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite auf dem Territorium des Landes gewarnt.

Aus der Sicht des Staatschefs von Weißrussland könnte dies eine „Bedrohung für die Staatlichkeit“ darstellen.

„Schon heute munkelt man von der Stationierung von Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite in der Ukraine... Falls solche Raketen in der Ukraine stationiert werden, wird dies

zu einer Katastrophe führen... Man muss verstehen, dass die Russen es nicht zulassen können, dass diese Raketen dort aufgestellt werden, wir werden mit den Russen ganz solidarisch sein. Deshalb sollte die Ukraine auf keinen Fall Schritte in diese Richtung unternehmen, da dies sich wirklich in eine Katastrophe für die ukrainische Staatlichkeit verwandeln kann“, sagte Lukaschenko während eines Treffens in Minsk.

Er fügte hinzu, dass die Situation um die Aussetzung des Vertrages über das Verbot atomarer Mittel- und Kurzstreckenraketen (INF) „besorgniserregend“ sowohl für die Ukraine, als auch für Weißrussland sei.

Lukaschenko betonte, er wolle nicht, dass eine atomare Katastrophe in „unserer alten Mutter Europa aufflammt“.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor erklärt, dass Washington am 2. Februar mit dem Ausstiegsverfahren aus dem INF-Vertrag beginne. Somit läuft das Abkommen in einem halben Jahr aus. Laut den Vereinigten Staaten verletzt der neue russische Marschflugkörper 9M729 die Vertragsbestimmungen.

Russlands Präsident, Wladimir Putin, kündigte eine „spiegelbildliche Reaktion“ Moskaus auf den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem INF-Vertrag an. Der Kreml habe nicht vor, sich an einem aufwendigen Wettrüsten zu beteiligen. Alle Vorschläge zur Abrüstung seien aber auf dem Tisch, „die Türen sind offen“, so Putin.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32390/72/323907298.jpg>

Dan-news.info: „Heute fand im Gewerkschaftshaus eine feierliche Veranstaltung zum vierten Jahrestag der Gründung der Gewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter der DVR statt“, teilte die Gewerkschaftsföderation der DVR mit. „Auf der Feier haben wir eine **Vereinbarung über Zusammenarbeit der Gewerkschaften der Landwirtschaftsarbeiter der DVR und der LVR** unterzeichnet“.

Unterzeichnet haben die jeweiligen Vorsitzenden Pawel Mironow aus der DVR und Denis Kandyrin aus der LVR.

Die Vereinbarung sieht die Durchführung einer Reihe gemeinsamen Veranstaltungen vor, die auf den sozialökonomischen Schutz der Rechte der Werktätigen sowie auf die Gewährleistung ihrer kulturellen Aktivitäten gerichtet sind.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Um 16:00 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer mit Mörsern auf **Werchnetorezkoje Nishneje** eröffnet. Dabei wurde die **Gasverteilungsstation in Krasnyj Parisan beschädigt**. In der Ortschaft haben 600 Verbraucher kein Gas, unter anderem sind davon auch die Heizwerke betroffen, die Wohnhäuser und Infrastrukturobjekte mit Heizwärme versorgen.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden

ermittelt.

abends:

de.sputniknews.com: **Rechtsstaat oder Recht für den Staat? – SNA-Radio in Berlin abgeschaltet**

SNA-Radio, das Radioprogramm von Sputniknews in Berlin und Brandenburg ist seit dem 1. März nicht mehr auf DAB+ über den Partner MEGA-Radio zu empfangen. Grund ist eine Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB). Der dagegen gerichtete Rechtsstreit war bislang erfolglos, berührt aber aus Sicht von SNA-Radio grundsätzliche Fragen.

Von der 2010 verstorbenen Gründerin der Bürgerrechtsbewegung Neues Forum in der DDR, Bärbel Bohley, wird in verschiedenen Versionen der Satz überliefert, „wir haben Gerechtigkeit erwartet und den Rechtsstaat bekommen“. Unabhängig davon, dass noch immer nicht zweifelsfrei belegt ist, ob Bohley diesen Satz tatsächlich so gesagt hat und abgesehen davon, dass Bohley sich wahrscheinlich beschweren würde, dass wir sie in diesem Zusammenhang zitieren, aber der ihr in den Mund gelegte Satz, beschreibt sehr zutreffend das Grunddilemma des Rechtsstaates. Er schützt nicht vor Willkür.

Recht haben und Recht bekommen

Recht haben und Recht bekommen, liegt in Deutschland immer auch im Interpretations- und Ermessensspielraum von Gerichten und Richtern. Deren Totschlagargument Nummer eins: „nicht substantiierter“ oder „nicht glaubwürdiger“ Vortrag. Anwälte können stundenlange, mit etlichen Zitaten aus und Kommentaren zu Grundsatzurteilen gespickte Plädoyers halten, wenn Richter sie nicht überzeugend finden, weil sie nicht überzeugt werden, sondern urteilen wollen, bleibt nur das Anrufen der nächsthöheren Instanz.

Um sich davor zu schützen, dass Behörden mit Entscheidungen Fakten schaffen, die unumkehrbar sind, gibt es das Institut des einstweiligen Rechtsschutzes. Aber auch der kann gewährt oder nicht gewährt werden auf der Basis von Ermessensentscheidungen von Richtern. Und wenn die befinden, die Argumente der Anwälte, die eine einstweilige Verfügung beantragen, sind „nicht substantiiert“ oder „nicht glaubwürdig“, dann hat man schlechte Karten. Im Zweifel versagt dann auch das Anrufen des Bundesverfassungsgerichtes, weil das noch viel engere Maßstäbe anlegt, unter anderem wegen des sehr nachvollziehbaren Argumentes, sich nicht in Rechtsstreitigkeiten als Bremse missbrauchen zu lassen. Leider kann das dann aber im Ernstfall bedeuten, dass man Behördenentscheidungen hinnehmen muss, die Fakten schaffen, noch bevor ein Streit gerichtlich ausverhandelt ist. Oder aber, wie im Fall Mega-Radio in Berlin-Brandenburg gar nicht erst ausverhandelt werden kann, weil es der entscheidenden Behörde mit dem Abschalten gar nicht schnell genug gehen kann.

Es geht nicht um Programm, sondern um Politik

Denn es steht weniger der Verdacht im Raum, dass Mega-Radio nicht die volle Programmkontrolle habe, wie von der MABB, aber auch von der gemeinsamen Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Landesmedienanstalten behauptet wird, sondern dass Mega-Radio wegen sachfremder Erwägungen, nämlich „großer“ Politik unbedingt abgeschaltet werden musste. Mega-Radio-Geschäftsführer Peter Valentino formulierte es so, man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, „dass die Meinung Russlands in Berlin (politisch) wohl nicht erwünscht ist“. Dabei hätte die Bevölkerung dieses Recht – aber diese wird ja nicht gefragt, sondern es wird von „oben“ entschieden, was die Menschen hören dürfen und was nicht.“

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) hat es sehr viel eindeutiger zum Ausdruck gebracht, dass blanke Angst der Grund für die unverminderte Denunzierung von und die

Verdachtsberichterstattung über Medien wie Sputniknews, inklusive SNA-Radio ist. In der mit diffamierenden Unterstellungen gespickten „Analyse“, „Die Wirkung der Staatsmedien Russlands in Deutschland“ vom 6.6.2016 fällt der entscheidende, ebenfalls mit einer Diffamierung angereicherte Satz gleich am Beginn:

„Russlands neue Informationsstrategie scheint effizient zu sein. Die Beiträge von RT und SNA werden im Netz häufig zitiert und auf Facebook geteilt. Sie werden in der Russland- oder Flüchtlingsdebatte nicht selten als eine ernsthafte Quelle wahrgenommen, zumindest als eine weitere, die etablierten Medien ergänzende.“

Angst vor dem Verlust der westlichen Deutungshoheit

Das ist es also. Die Angst vor dem Verlust der Deutungshoheit über deutsche, europäische und Weltpolitik. Die Angst vor dem Verlust der Entscheidungshoheit darüber, welche Themen den öffentlichen Diskurs bestimmen und welche nicht. Die Angst, Menschen könnten auf der Basis breiterer Informationsangebote, aufgrund der Kenntnis russischer Positionen und Sichtweisen zu Themen der Tagespolitik Fragen stellen, vielleicht sogar etwas in Frage stellen.

Das ist natürlich eine Gefahr für diejenigen, die der Ansicht sind, nur ihre Sichtweisen sind die allein seligmachenden. Nur wird sich das mit dem hektischen Abschalten solcher Informationsangebote maximal be-, aber nicht verhindern lassen. Die Zeit, in der hohe Damen und Herren aus zentralen Komitees den Menschen vorschreiben, was richtig und was falsch ist, was wahr und was unwahr, was sie denken, fühlen und fragen dürfen, die Zeiten sind vorbei, ob wir dafür einem Gott oder wem auch immer danken.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32415/89/324158925.jpg>

de.sputniknews.com: **Vorwurf geplanter Militärintervention in Venezuela: Abrams antwortet Lawrow**

Der US-amerikanische Venezuela-Sonderbeauftragte Elliott Abrams hat den Vorwurf des russischen Außenministers Sergej Lawrow bezüglich einer möglichen Invasion Venezuelas durch die USA kommentiert.

Abrams ist der Ansicht, dass Lawrow in Wirklichkeit nicht daran glaube, dass die USA eine militärische Aggression gegen Venezuela planen würden.

„Ich glaube nicht, dass er (Lawrow – Anm. d. Red.) tatsächlich glaubt, dass wir versuchen, es zu tun, und wie Sie wissen, versuchen wir es nicht“, teilte Abrams gegenüber Journalisten mit. Zudem hat er betont, dass die Vereinigten Staaten den wirtschaftlichen, finanziellen und diplomatischen Druck auf den venezolanischen Präsidenten Nicholas Maduro weiterhin ausüben und das selbsternannte Staatsoberhaupt Juan Guaido weiterhin unterstützen würden. Am Freitag hatte Russlands Außenminister Lawrow über eine mögliche Invasion Venezuelas

durch die USA spekuliert und davor gewarnt, dass sich die USA mit Venezuela nicht begnügen würden und dass auch Kuba und Nicaragua „an der Reihe“ seien. Eine Militärintervention werde zudem die wahren Motive der USA offenbaren: „Es geht hier nicht um Demokratie, wie man uns zu überzeugen versucht, sondern darum, alle Widerspenstigen ihrem Willen zu unterwerfen“, so der Diplomat. Die Verweigerung der Unterstützung für die mögliche US-Militäroperation seitens der Nachbarländer Venezuelas sei eine wichtige Bedingung, bei der Washington keine Invasion wagen würde, so Lawrow.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32416/10/324161073.jpg>

de.sputniknews.com: OPCW veröffentlicht Bericht zu Duma-Giftgasangriff

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat am Freitag ihren Ermittlungsbericht zu dem Vorfall im syrischen Duma am 7. April 2018 veröffentlicht. In ihrem Abschlussbericht gibt die OPCW an, dass eine „toxische chemische Substanz“ als Waffe eingesetzt wurde.

„Diese toxische Chemikalie enthielt reaktives Chlor. Bei der toxischen chemischen Substanz handelte es sich vermutlich um molekulares Chlor“, hieß es.

Im April 2018 hatten Medien einen Giftgasangriff in Duma gemeldet. Westliche Staaten machten daraufhin die syrische Regierung dafür verantwortlich. Als Beweis zeigte die Organisation „Weißhelme“ Aufnahmen, die angeblich Duma-Bewohner zeigen, darunter auch Kinder, die von Ärzten nach der Giftgas-Attacke versorgt werden.

Eine Woche nach dem Vorfall führten die USA, Großbritannien und Frankreich Luftangriffe gegen syrische Objekte durch.

Der russische Generalstab hatte knapp einen Monat davor, am 13. März, vor inszenierten Provokationen unter Einsatz von Chemiewaffen gewarnt. Später erzählte der elfjährige Junge Hassan Diab gegenüber RIA Novosti über den Film der „Weißhelme“. Er hatte nach eigenen Worten zusammen mit seinem Vater an der Inszenierung teilgenommen.

Vor Kurzem hatte ein Produzent des britischen Senders BBC in Syrien, Riam Dalati, auf Twitter eingeräumt, dass die Szenen in einem Krankenhaus in Duma inszeniert waren: Es habe dort keine Todesopfer gegeben. Er habe dafür handfeste Beweise. Nach der Veröffentlichung seiner Tweets schränkte der BBC-Produzent den Zugriff auf seinen Account jedoch ein.